

eine Ruhe- und Erholungszeit zu schaffen. Die Landesgesetzgebung dagegen treffe ihre Bestimmungen vornehmlich aus kirchlichen Gründen im Interesse der Sonntagshaltung. Viele der landesgesetzlichen Bestimmungen erschienen der Mehrzahl der Bevölkerung nicht mehr zeitgemäß. Sie griffen in das Erwerbsleben einzelner Stände mehr ein, als es der Zweck der Sonntagshaltung erfordere. Er nenne nur den wichtigen Stand der Jägermeister und der Saalinhaber, den der Bäcker, Fleischer etc., die durch die lange Dauer der stillen Zeit schwer geschädigt würden. Dazu komme noch, daß man die stille Zeit nicht bloß auf öffentliche Tanzmusik, sondern auch auf Vereins- und Privatanzustalten ausdehnen, von denen gerade vor Ostern infolge der vielen Hochzeiten eine große Anzahl in Frage kämen. Ein Vergleich mit anderen deutschen Ländern zeige, daß in Sachsen überall die stille Zeit länger dauere, als dort, einige wenige Länder ausgenommen. Auch werde bei uns noch darüber geflagelt, daß die Behörden über die gesetzlichen Vorschriften hinaus Beschränkungen vornähmen, soweit Vereinsvergütungen in Betracht kämen. Redner führt einzelne Fälle an, die sich als Härten darstellen und meint, solche Regierungen fördere durchaus nicht die Staatsautorität, sondern vermehre nur die Zahl der Staatsfeinde. Minister des Innern Graf Bismarck v. G. erklärt, daß er sich um 13 Tage, an denen weder öffentliche noch private Tanzmusik stattfinden dürfen. Diese Vergütungen erschienen ihm entbehrlich, weil es sich um die Wahrung einer altkirchlichen und vollstimmlichen Sitze handle. Die Regierung würde sich zu einer Einschränkung der stillen Zeit nur sehr schweren Herzens entschließen können. Wo sich Härten ergäben, würden Ausnahmen im Verordnungswege zugelassen. Wenn die Regierung auch verschiedenen Wünschen des Antragstellers ihre Berechtigung nicht absprechen wolle, so müsse sie sich doch ihre endgültige Entscheidung in der Angelegenheit vorbehalten. — Abg. Dr. Pöschel erklärt das Einverständnis seiner politischen Freunde mit den Ausführungen des Antragstellers. — Abg. Dr. Böhm (kons.) führt aus, wo sich Härten aus der geltenden Gesetzgebung ergäben, müsse helfend eingegriffen werden. Seine politischen Freunde seien aber nicht dafür, ohne weiteres die Bestimmungen über die stille Zeit aufzuheben, denn bei aller Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dürfe die religiöse Seite des Volkslebens nicht außer acht gelassen werden. — Abg. Schwager (freis.) unterstützt dem Antrag seines Parteifreundes und schildert besonders die Verhältnisse in der Oberlausitz. Es käme oft vor, daß während in der einen Amtshauptmannschaft geschlossene Zeit bestünde, in der anderen das Tanzen gestattet sei. So liefen die Leute oft in die andere Amtshauptmannschaft, um die Bestimmungen der stillen Zeit zu umgehen. Ja sogar im benachbarten Böhmen hielten ganze Vereine ihre Vergütungen ab. — Abg. Hartmann (natl.) erklärt sich mit dem Antrag einverstanden, betont namentlich die wirtschaftliche Seite der Frage und tritt lebhaft für das Offenhalten der Schaufenster an Sonn- und Festtagen ein. Er hoffe, daß namentlich auch die Mitglieder der Mittelstandsvereine für den Antrag stimmen würden. — Abg. Fräßdorf (soz.) betont, daß der Antrag ihn nicht befriedige. Seine Freunde verlangten die völlige Abschaffung der stillen Zeit. Auch die Landestruer bei Todesfällen in der königlichen Familie gebe oft zu großem Unwillen Anlaß. Insbesondere der Gastwirtsstand, der durch die Steuerreform im Reiche außerordentlich geschädigt sei, bedürfe einer Erleichterung. — Abg. Langhammer (natl.) polemisiert lebhaft gegen den Abgeordneten Fräßdorf und wünscht ebenfalls, daß die Regierung für eine Beschränkung der stillen Zeit einträte. — Staatsminister Graf Bismarck v. G. erklärt, er habe nicht gemeint, daß dem Volke das Tanzen überhaupt entbehrlich sei, sondern nur, daß es in den 13 Tagen vor der Karwoche wohl entbehrt werden könne. Er sehe noch jetzt auf dem Standpunkte, daß die Lebensfreude den Menschen unentbehrlich sei wie das liebe Brot. Das religiöse Gefühl werde aber durch das Tanzen in der stillen Zeit nicht gefördert. — Kultusminister Dr. Bedd hebt die kirchliche Seite der Frage hervor. Die wirtschaftliche Seite als die Hauptsache sei vom Ministerium des Innern zu prüfen. Das Kultusministerium habe also abzuwarten, welche Stellung jenes einnehmen werde und werde sich danach einrichten und zwar sowohl hinsichtlich der kirchlichen wie auch der wirtschaftlichen Interessen. — Im weiteren Verlaufe der Debatte kommt der Abgeordnete Sandermann (soz.) auch auf die Frage des Militärverbots gegenüber Gastwirtschaften, wo sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, zu sprechen, was den Präsidenten Dr. Vogel veranlaßt, den Redner zur Sache zu rufen. — Nach weiteren Bemerkungen des Kultusministers Dr. Bedd erklärt Vizepräsident Opitz (kons.), daß dem Volke eine gewisse Zeit der Sammlung ermöglicht werden müsse. Er freute sich, daß der Kultusminister die kirchliche Seite so nachdrücklich betont habe. Eine weitere Beschränkung der stillen Zeit werde nur die Konkurrenz steigern. Um den betreffenden Kreisen zu helfen, möge man lieber mit den Konzessionserweiterungen vorsichtiger sein. — Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Brod auf (freis.) und Sandermann (soz.) wird der Antrag gegen wenige Stimmen an die Gesetzgebungsdeputation überwiesen. — Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag Günther (freis.), die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage noch in der laufenden Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Forst- und Feldstrafgesetz einer Reform in dem Sinne unterzogen wird, daß die darin enthaltenen unsozialen Bestimmungen, u. a. das Waldverbot und die Strafbarkeit des Pflanzens und Beerensuchens, beseitigt werden. — Abg. Dietel (freis.) begründet den Antrag und weist vor allem auf die verderblichen

Folgen der §§ 6 und 19 des Gesetzes hin. Hinsichtlich der Wäperrungen der Waldungen herrsche in manchen Gegenden geradezu ein epidemisches Wäperrungsfeber. Die bis jetzt mit dem Gesetz gemachten Erfahrungen genügen, um es einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Daher bitte er, den Antrag der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen. — Justizminister Dr. von Otto hat gegen den Antrag nichts einzuwenden. Zwar sei es ganz außergewöhnlich, wenn nach so kurzem Bestehen eines Gesetzes die Regierung schon zu einer Aenderung aufgefordert werde. Man habe noch so gut wie keine Erfahrungen mit dem Gesetze. Gesinge es aber der Deputation, Vorschläge zu machen, die den Waldbesitzer in seinem Schutze befriedigen und der Allgemeinheit das ihr Zustehende bieten, so werde sich die Regierung nicht grundsätzlich ablehnend verhalten. — Abg. Rudolph (natl.) erklärt sich im Großen und Ganzen mit dem Antrage einverstanden. — Abg. Frenzel (kons.) erklärt, daß auch seine Partei gern bereit sei, in Erwägungen über eine Aenderung einzutreten, und tritt zum Schluß seiner Ausführungen dafür ein, das Kletterverbot in der sächsischen Schweiz aufzuheben. — Abg. Uhlig (soz.) betont, daß seine Freunde dem Antrage rückhaltlos zustimmen. Das geltende Gesetz verstoße gegen das Volksempfinden. — Vizepräsident Opitz (kons.) weist zunächst mehrere Angriffe des Vorredners gegen die konservative Partei zurück und erklärt dann, die Ausführungen des Ministers zu dem Antrage seien so überzeugend, daß er sie nur abschwächen würde, wenn er dann noch etwas vorbringen wollte. — Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Wähle erklärt, daß die Forstverwaltung nach wie vor auf dem Standpunkte stehe, daß der Staatswald in bezug auf das Betreten und das Beerensuchen des Volkes nicht verboten werden dürfe. Die Regierung habe für ihre Stellungnahme zu dem Gesetz vielseitige Anerkennung geerntet, auch von der Presse. Redner empfiehlt namentlich Aufstellungen, wie sie jetzt im Dresdener Schulmuseum durch die Ausstellung „Die Dresdener Heide“ geboten werden; denn solche Belehrungen seien mehr wert, als alle Waldverbote. In der weiteren Debatte, die sich noch bis gegen 1/5 Uhr hinzieht, beteiligen sich im zustimmenden Sinne die Abgg. Kaiser (natl.) und Günther (freis.). Die Kammer verweist schließlich einstimmig den Antrag an die Gesetzgebungsdeputation zur Vorberatung. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr. Interpellation Günther und Genossen betreffend Maßnahmen gegen die Fleischzeugung.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 14. Dezember 1909.

Der Reichstag nahm in seiner Dienstag-Sitzung zunächst den Nachtrags-Etat nach den Beschlüssen der Budgetkommission an.

Eine längere Debatte entspann sich nur bei der Entscheidung der Tobakarbeiter. Erwähnenswert ist nur die Erklärung des Schatzsekretärs Wermuth, daß eine Entschädigung der Zigarettenarbeiter nicht wahrscheinlich sei. Im übrigen beteiligten sich an der sehr lang ausgehenden Debatte u. a. die Abgg. Evring (natl.), von Richthofen (kons.), Geher (soz.), Pachnik (freis. Vg.), Erzberger (Ztr.), Wolkenbuhr (soz.) und Camp (Rp.). Die Interpellation betreffend den Zwangsarbeitsnachweis der Arbeitgeberverbände im Ruhrrevier begründeten die Abgg. Giesberts (Ztr.) und Böhm (soz.). Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte, daß den Arbeitern freilände, auf Grund ihrer Freizügigkeit Arbeit zu suchen, daß sie aber kein Recht hätten auf eine bestimmte Arbeitsstätte. Es liege kein Anlaß zu gesetzgeberischem Eingreifen des Reiches vor. Wollte man den paritätischen Arbeitsnachweis verbieten, so wäre das ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber. Der paritätische Arbeitsnachweis besitze keineswegs die Vorzüge, die die Sozialdemokratie ihm nachrühmt. Die Verhältnisse sind für die Einführung eines obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweises noch nicht reif.

Abg. Beuchelt (kons.) stimmt den Ausführungen des Staatssekretärs zu. Damit schloß die Sitzung. Die Fortsetzung der Debatte soll Mittwoch 11 Uhr erfolgen. Außerdem wird die dritte Lesung des Nachtrags-Etats erfolgen, zudem die Besprechung einer Interpellation über die medienburgische Verfassungsreform. Schluß gegen 7 Uhr.

Alte und neue Schuld.

Novelle von R. Trommerdhausen (Ansbach). (13. Fortsetzung.)

Nach dem Kaffee zog sich der Onkel in sein Zimmer zurück, und Eva machte sich auf, eine der abgebrannten Familien zu besuchen, die am äußersten Ende der Vorstadt wohnte, und ihr ein Körbchen mit allerlei nützlichen Dingen zu bringen. Nachdem sie die Armen sehr getrost verlassen hatte und in die löbliche Sommerluft hinausgetreten war, wandelte sie die Luft an, ihren Spaziergang noch etwas auszubehnen. Sie verstand dann, weitergehend, so in ihre Gedanken, daß sie gar nicht auffah, bis sie sich endlich zu ihrer eigenen Verwunderung einem Kirchhofe gegenüber befand. Es trieb sie ein Verlangen, hineinzugehen; das Tor war unverschlossen, ringsum alles still; warm und zitternd lag die Luft über dem Gottesacker.

Sie schritt langsam zwischen den Hügelreihen hin, hier und da zerstreut eine Inschrift lesend. Ein paar weiße Schmetterlinge flogen aus dem duftenden Friede auf — die Auferstehungsprediger! Eva sah ihnen nach, solange die glänzenden Punkte am Himmel sichtbar blieben, sie kamen aber wieder herab, schwebten hin und her und kehrten sich endlich auf einen schwankenden Trauerweide nieder, die ein sorgsam gepflegtes Grab beschattete. Eva trat behutsam näher; ihr

Auge fiel auf das schwarze Kreuz zu Häupten des Hügel, und sie las den Namen, der in goldenen Lettern darauf stand: Magda von Sorgen.

Das Herz stand ihr fast still. Magda! Aber es gab ja mehr als eine Magda auf der Welt. — Sie trat näher, um das Datum zu entziffern. Da stand: Geboren den 26. Februar 1847, gestorben den 18. Mai 1865! Einundzwanzig Jahre waren verfloßen, seitdem dies Kreuz hier errichtet war. Sie ging herum und las auf der Rückseite: Selig sind, die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden.

Lange stand sie an der Trauerweide zu Füßen des Grabes gekniet und las immer wieder den Namen: Magda von Sorgen, der sich nun so verwirrend und leidvoll mit ihren Gedanken vermischt, daß ihre Blicke sich umflorten, und als sie das Tuch darauf gedrückt hatte und wieder klar sehen konnte, sah sie, daß es spät geworden war, und noch lag der Weg nach Hause vor ihr. Hastig verließ sie den stillen Ruheort der Toten und eilte auf die Straße hinaus.

Nachdem sie erst wenige Schritte zurückgelegt hatte, kam ihr von der Stadt aus ein Reiter entgegen. Es war Heinrich Sorgen. Er grüßte tief, hielt sein Pferd an und sprang hinunter. „Aber was tun Sie denn so spät noch auf der Landstraße, gnädiges Fräulein, und ganz allein?“ rief er, zu ihr tretend. „Ich machte einen Spaziergang, Herr von Sorgen, und es ist allerdings dabei später geworden, als ich wünschte. Doch fürchte ich mich nicht“, fügte sie hinzu, denn er war schon umgekehrt und schritt nun neben ihr her; „Sie müssen sich weinetwegen nicht beunruhigen“.

„Glauben Sie, daß ich Sie den Weg zur Stadt allein machen ließe, gnädiges Fräulein? Sie werden mir erlauben, Sie zu begleiten“.

„Aber ich möchte Sie nicht belästigen“.

„Es wird mir die größte Freude machen, Fräulein Hartmann“, sagte er ernsthaft.

Herr von Sorgen, begann sie nach einer Pause stöhnend, „können Sie mir sagen, zu welchem Orte der Kirchhof gehört, der an dieser Straße liegt?“

„Wie sollte ich nicht, gnädiges Fräulein? Er gehört zu meinem Gute, zu Ansees. Waren Sie dort?“

„Ich war da. Er liegt sehr schön. Sind — Angehörige von Ihnen auf dem Kirchhofe begraben?“

„Meiner Schwester Grab ist dort, Sie haben Ihren Namen vielleicht gefunden. Sie ist schon lange tot, wohl mehr als zwanzig Jahre, ich war damals ein kleiner Knabe. — Wollen Sie mit einem Gefallen tun, Fräulein Hartmann?“

„Waschen?“ fragte sie zerstreut. Er sah sie scharf an. „Bin ich ihn denn ganz gleichgültig?“ dachte er ungeduldig. „Nach dem Konzerte wird meine Familie einmal nach Ansee heraufkommen“, sagte er, „wollen Sie sie begleiten? Ich wünschte so, Ihnen einmal mein Heim zu zeigen, und Sie waren nie dort. Wollen Sie?“ bat er dringend.

„Sehr gern, Herr von Sorgen, es wird mir eine Freude machen, Ihren Wohnsitz kennen zu lernen“, sagte sie ruhig.

Ein Schatten flog über sein gebräuntes Gesicht. „Ich danke Ihnen“, entgegnete er, sich höflich verbeugend. Sie besprachen dann noch einige Einzelheiten zu dem Konzerte und trennten sich erst an der Tür von Herrn von Marbachs Wohnung.

Am Nachmittage des Tages, an dem die Generalprobe stattfinden sollte, kam Effe in das Zimmer, wo Eva und ihr Onkel den Kaffee einnahmen. Eva sah sehr müde und bleich aus.

„Bitte, liebes Fräulein Hartmann, Sie müssen jetzt gleich mit mir kommen! Wir haben noch einige Sachen durchzuspielen, und Mutter läßt dringend bitten. Nicht wahr, Herr von Marbach, Sie erlauben es?“

„Alle Wetter auch, dies Konzert macht einen zum toten Mann!“ rief der Onkel rücksichtslos. „Wann hört denn die Geschichte endlich einmal auf?“

„Morgen, Herr von Marbach; morgen ist das Konzert, und wir hoffen, daß es ein schöner, lorbeerreicher Abend wird. Sie kommen doch sicherlich auch, Herr von Marbach?“

„Denke nicht daran! Das fehlt noch, daß ich mir den Bärm in der Nähe beschaue!“

„Aber Ihre Rechte wird singen, und Sie hören doch nichts so gern wie sie, Herr von Marbach?“

„Eva fängt? Und das höre ich jetzt? Ich erfahre doch rein nichts, Rechte; und wenn mir das Haus über dem Kopfe brennte, ich könnte elendiglich umkommen, ehe du es mir sagst“, rief der alte Herr aufgebracht.

„Ich meinte, es sei umgekehrt“, begann Effe, um deren Mundwinkel es vor Nachlust zuckte. Aber Eva gab ihr einen Wink und sagte: „Doch, lieber Onkel, du weicht es, du hast es nur vergessen, und du kommst morgen ja auch mit; ich freue mich, gerade besonders für dich zu singen. Wir müssen es heute nur noch einmal probieren, darum verzeh, wenn ich jetzt gehe“.

„Schon gut, schon gut; laß! nur und empfehl mich bestens“, brumnte der besänftigte Onkel.

„Keinen eigentlichen Grund wollte ich drinnen nicht sagen“, begann Effe atemlos, als sie auf der Straße gingen; „der geheimnisvolle Violinkünstler ist da. Er meint, es sei besser, jetzt schon zu probieren, und besonders will er gern eine Violinsonate von Rubinstein, die er mit Ihnen vortragen möchte, durchnehmen. Er scheint großes Mißtrauen in Ihre Fähigkeiten zu setzen, und obgleich wir ihm beteuerten, Sie könnten alles spielen, so behauptete er doch, es sei mehr als selten, daß eine Dame, eine Dilettantin, so fix sei“.

(Fortsetzung folgt.)

Bermischte Nachrichten.

Der Brand der Hamburger Gaswerke. Der Senat beantragte zur Wiederherstellung der abgebrann-

ten G...
kosten...
Steier...
säße...
Sarn...
Viele...
Schne...
bisher...
chen n...
ret an...

in Fra...
mordet...
Wärter...
Fällen...
stuhig...
entdeck...
daß de...
d a m...
Ansch...
in tiefe...
der Un...

aus M...
vanien...
in dem...
man d...
Voot n...
Die R...
bildeten...
hatten...
Kälteer...

Chile n...
zentrum...
Die Fer...
Deltar...
mehrere...
ein Rau...

Die...
hat ihre...
die Güte...
selbst...
voll all...
welche...
pflanzen...

28

Vor...
Re...
Ka...
Ste...
Sop...
Tep...
Sch...
Bet...
Läu...
Gar...
Vit...

Für 1. Ja...
hübl...
bestehend...
2 Galbeta...
mieten gef...
späterer Ja...
Offerten zu...
M. S. P...

Jünge...
für Veran...
beiten p. for...
Offerten...
sub. R. N...
Blattes er...

Ein...
an 3fa... 4/